

Call for Papers

Jahrbuch

ÖKONOMIE UND GESELLSCHAFT

Herausgegeben von

Peter Bartelheimer, Lutz Bellmann, Gerd Grözinger,
Arne Heise, Jakob Kapeller, Wenzel Matiaske,
Werner Nienhüser, Silke Ötsch

Jahrbuch 2027 (Band 39): Zur politischen Ökonomie der „Zeitenwende“

Der Begriff der „Zeitenwende“, den Olaf Scholz in seiner Regierungserklärung vom 27. Februar 2022 in den politischen Diskurs eingeführt hat, markiert den Beginn politischer Umbrüche, die sich nach der russischen Invasion in der Ukraine mit der autoritären Wendung der USA unter der zweiten Präsidentschaft Donald Trumps fortsetzen: der US-Anspruch auf Grönland, die Intervention in Venezuela und der „war of choice“ der USA und Israels gegen den Iran sind weitere disruptive Ereignisse. Wie vor 35 Jahren, als sich die Sowjetunion auflöste, handelt es sich zugleich um einen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Einschnitt.

Das Jahrbuch 2027 soll über die tagespolitische Krisenwahrnehmung hinaus zum Verständnis der „Zeitenwende“ als ein Umbruch in der politischen Ökonomie Deutschlands und Europas beitragen. Allerdings lassen sich auch bei einer solchen analytischen Perspektive die unvermeidbaren Kontroversen über geopolitische Risiken und europapolitische Perspektiven nicht ausblenden.

Einige Stichworte charakterisieren Themen des Bandes.

Neue internationale Ordnung. Die regelbasierte internationale Ordnung verliert an Bedeutung. Internationale Organisationen wie UN und WTO büßen an Einfluss ein, während machtpolitische Konkurrenz, Einflussphären und imperiale Strategien an Gewicht gewinnen. Auch die NATO erscheint als System kollektiver Sicherheit geschwächt. Besonders bedroht sind die demokratischen Transformationsprozesse in Osteuropa; der russische Angriff auf die Ukraine richtet sich auch gegen deren demokratisches Gegenmodell.

Geoökonomie. Globale wirtschaftliche Verflechtungen bestehen fort, werden jedoch zunehmend geopolitisch genutzt. Handel, Lieferketten, Infrastruktur und Ressourcenzugänge entwickeln sich zu machtpolitischen Instrumenten. Für das exportorientierte deutsche Wirtschaftsmodell entstehen daraus erhebliche Risiken. In Liefer- und Wertschöpfungsketten ist Resilienz gefordert, Handelsbeziehungen sind neu auszurichten.

Militärkeynesianismus. Deutschland und die EU setzen verstärkt auf Industriepolitik, deren „Mission“ nun jedoch militärische Aufrüstung ist. Die kreditfinanzierte Ausweitung von Rüstungsausgaben soll wirtschaftliche und sicherheitspolitische Ziele verbinden, ihre gesamtwirtschaftlichen Effekte bleiben jedoch begrenzt. Gleichzeitig verschärft sich der Zielkonflikt zwischen Aufrüstung, Klimaschutz und sozialen Investitionen.

Call for Papers

Jahrbuch

ÖKONOMIE UND GESELLSCHAFT

Herausgegeben von

Peter Bartelheimer, Lutz Bellmann, Gerd Grözinger,
Arne Heise, Jakob Kapeller, Wenzel Matiaske,
Werner Nienhüser, Silke Ötsch

Klimapolitischer Stillstand. Rüstung und Krieg tragen dazu bei, die Anpassung von Wirtschaft und Gesellschaft an planetare Grenzen zu verlangsamen. Finanzielle Mittel und politische Aufmerksamkeit werden von der sozialökologischen Transformation auf Aufrüstung verlagert. Obwohl die Gefahren des Klimawandels anerkannt werden, wächst die Bereitschaft, verbindliche Klimaziele abzuschwächen und internationale Klimapolitik zurückzustellen.

Re-Konversion. Mit der Abschwächung politischer Vorgaben zu Dekarbonisierung und Energiewende wird Militärbedarf für die betroffenen Industriezweige ein potenzieller neuer Markt. Besonders Teile der Automobilzulieferindustrie geraten als Produktionsreserve für militärische Güter in den Blick. Damit tritt an die Stelle ökologischer Konversion zunehmend die Umstellung ziviler auf militärische Produktion, was neue Konflikte innerhalb der Gewerkschaften und mit der Klimabewegung hervorrufen kann.

Kompetitiver Autoritarismus. Nationalistisch-populistische Bewegungen gewinnen an Einfluss, indem sie gesellschaftliche Veränderungen als Bedrohung darstellen und bestehende Verhältnisse zu bewahren versprechen. Ihre Erfolge können zu autoritären politischen Systemen führen, in denen demokratische Institutionen formal fortbestehen, Opposition und Zivilgesellschaft jedoch geschwächt werden. Ohne eine politische Vertiefung drohen der Europäischen Union weitere Fragmentierung und ein Verlust ihrer Fähigkeit, autoritären und geopolitischen Herausforderungen wirksam zu begegnen.

Ausführlicher Call for Papers: Eine längere Fassung dieses Calls findet sich [hier](#).

Termine

Interessierte, die zu diesem Jahrbuch beitragen möchten, bitten wir um Abstracts (bis zu 5.000 Zeichen) bis zum 30. September 2026. Rückmeldungen zu den Beitragsangeboten sind bis Mitte November 2026 zu erwarten. Beitragsentwürfe sollen am 15. März 2027 vorliegen. Sie werden intern begutachtet, ein Workshop mit den Autorinnen und Autoren ist beabsichtigt. Die überarbeiteten und lektorierten Beiträge sollen im Sommer 2027 an den Verlag gehen.

Kontakt

Dr. Peter Bartelheimer, Bremen
Prof. Dr. Wenzel Matiaske, Hamburg

Jahrbücher Ökonomie und Gesellschaft

Die Jahrbuch-Reihe Ökonomie und Gesellschaft besteht seit 1983. Sie ist keiner wirtschaftswissenschaftlichen Orthodoxie verpflichtet und offen für theoretische und empirische Beiträge und Erklärungsansätze aller sozialwissenschaftlichen Teildisziplinen und für die Diskussion mit Akteurinnen und Akteuren. Die einzelnen Bände sollen über jeweils ein Thema oder einen Ansatz einen interdisziplinären Überblick geben und bieten auch Beiträgen Raum, die nicht dem üblichen Zeitschriftenformat entsprechen.